

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiterin: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 14.07.2005

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 21.07.2005, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **05-F-02-0041**

Arbeit werben für Menschen
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 04.07.2005 -

Vorbemerkungen:

Die Stadtverwaltung muss Mitarbeiter in die Betriebe schicken, um aktiv für die Arbeitslosen in Wiesbaden die für sie geeigneten Stellen zu akquirieren. Verwaltung von Arbeitslosigkeit und unflexibles Einpassen von Arbeitslosen in offene Stellen waren gestern. Heute geht es darum, Arbeit für die Menschen zu werben.

Wiesbaden ist die mit Abstand größte Stadt in Deutschland, welche die Versorgung, Betreuung und Vermittlung von ALG-II-Beziehern in eigener Regie übernommen hat. Wenn Wiesbaden erfolgreich beim Werben von Arbeit für Menschen sein wird, kann die Hessische Landeshauptstadt auch als Optionskommune eine Leuchtturmfunktion wahrnehmen: Im Erfolgsfall kann das Wiesbadener Modell Vorbild sein und werden für alle anderen Optionskommunen in Deutschland.

Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

Arbeiten ist ein existentielles Bedürfnis des Menschen. Arbeit ist zugleich eine Betätigung der eigenen Fähigkeiten. Aufgrund gut ausgeführter Arbeit können wir uns selbst schätzen und werden von anderen geschätzt. Durch die Arbeit fühlen wir uns einem größeren Zusammenhang zugehörig und haben das Bewusstsein, nützlich und gebraucht zu sein.

Umgekehrt kann erzwungene Untätigkeit und Verluste an Selbstsicherheit zu Beziehungsproblemen, in etlichen Fällen zu genereller Depressivität führen. Arbeitslosigkeit beeinträchtigt insgesamt die Fähigkeit, Glück zu empfinden. Arbeitslose fühlen sich häufig überflüssig und wertlos. Insbesondere auf Jugendliche können diese Erfahrungen prägend wirken. Die Sozialverwaltung schätzt die Zahl derer, die in Wiesbaden auf eine Beschäftigung auf den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können auf insgesamt 13.575. Davon sind 2.385 unter 25 Jahre alt.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen sowie der Sitzungsvorlagen 04-V-51-0034 und 05-V-51-0014 bzw. des Stadtverordnetenbeschlusses 0593 vom 18.11.'04 möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, umgehend alles nur Erdenkliche für die von diesem Schicksal betroffenen Wiesbadenrinnen und Wiesbadener zu tun, indem auf dem ersten Arbeitsmarkt für diese Menschen um Beschäftigungsmöglichkeiten geworben wird. Der Magistrat wird insbesondere gebeten,

1. seine Zusammenarbeit u.a. mit Arbeitgebern am Frankfurter Flughafen, mit Zeitarbeitsfirmen zu intensivieren, damit die Angebote und Maßnahmen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt über die bereits erreichten 380 Plätzen hinaus maßgeblich erhöht wird;
2. die Zusammenarbeit der kommunalen Arbeitsvermittlung mit der Exina e.V. zu unterstützen, damit möglichst viele gründungswillige und hierzu geeignete ALG II Empfänger für eine nachhaltig erfolgreiche selbständige Betätigung vorbereitet werden können;
3. die kommunale Vermittlungsagentur mit allen relevanten Arbeitsmarktakteuren hoch vernetzt und eine Projektgruppe mit relevanten Unternehmern, Personalchefs und Verbandsvertretern zur Unterstützung eingerichtet wird;
4. den städtischen Gremien ein Konzept zur Gründung einer Gesellschaft zur Beschlussfassung vorgelegt wird, deren Aufgabe die Akquisition von freien Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt für Arbeitslose ist. Hierfür soll ein Vergütungssystem erarbeitet werden, das für die Akquisiteure neben einem Fixgehalt eine Erfolgs bezogene Vergütung vorsieht, die sich an deren nachhaltigen Vermittlungserfolgen orientiert.

4. **05-F-01-0062**

Bewerbung für das Weltkulturerbe
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Bewerbung der LH Wiesbaden für die Aufnahme in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes der Menschheit.

Um der Bewerbung eine solide Grundlage zu verschaffen, wird der Magistrat aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung eine Liste vorzulegen, die im Hinblick auf die Bewerbung Auskunft darüber gibt,

- in welche städtebauliche Gesamtkonzeption für die betroffenen Stadtgebiete sich der Antrag einfügt;

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

- welche Maßnahmen zum Denkmalschutz ergriffen werden sollen, um die historische Bausubstanz dauerhaft zu bewahren;
- welche Initiativen zum Erhalt und zur Pflege (genutzter und leerstehender) städtischer Liegenschaften ergriffen werden sollen;
- ob ein Förderprogramm für private Fassadenerneuerungen bzw. die Erhaltung der Bausubstanz in dem betroffenen Gebiet vorgesehen ist;
- welche adäquaten Maßnahmen für eine umfassende Bewahrung und Pflege der Parks und Grünanlagen vorgesehen sind;
- in welcher Form Bürgerinnen und Bürger beteiligt bzw. zur Beteiligung und Förderung ermuntert werden sollen;
- wie die Öffentlichkeitsarbeit und Promotion des Vorhabens organisiert und wann eine Koordinationsstelle zur Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen eingerichtet werden soll;
- welcher Stellenwert im Kontext der Bewerbung dem Bau eines Wiesbadener Stadtmuseums zugemessen wird und wie folglich der konkrete Zeitplan für dessen Bau und Realisierung zu veranschlagen ist;
- welchen Beitrag die einzelnen Fachdezernate leisten und welches Dezernat federführend für die Gesamtplanung sein soll.

5. 05-V-61-0031

Antrag auf Aufnahme des Stadtdenkmals Wiesbaden in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes der Menschheit

ANLAGE

6. 05-F-05-0008

Aufnahme von Schülern an Wiesbadener Gymnasien
- Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluß der Verteilungskonferenz vom 10.5.2005 zur Aufnahme der an den Wiesbadener Gymnasien angemeldeten Schüler zum kommenden Schuljahr 2005/06 und damit die Einrichtung einer 6. Eingangsklasse an dem Elly-Heuss-Schule und an der Gutenbergschule wird gebilligt.

7. 05-F-03-0085

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

Ausstellung zur Wiesbadener Debatte um ein zentrales Mahnmal für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.06.2005 -

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.06.1986 zur Errichtung eines zentralen Mahnmals für Angehörige des Widerstands und die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war das Ergebnis einer langen und intensiven öffentlichen Debatte um eine angemessene Form der Erinnerungsarbeit in der Landeshauptstadt Wiesbaden.

An diesen Grundsatzbeschluss schloss sich eine fast zwanzigjährige, zum Teil äußerst qualitätvolle öffentliche Auseinandersetzung an.

Im Mittelpunkt dieser Debatte stand die Auseinandersetzung in welcher künstlerischen Form der Opfern des Naziterrors am würdigsten und nachhaltigsten gedacht werden könne und solle.

In gut dokumentierten wissenschaftlichen Gutachten und Expertenanhörungen, in zahlreichen Arbeitsgruppen, in vielen Ausschusssitzungen sowie Sitzungen des Stadtparlamentes wurden verschiedenste Aspekte eines zentralen Mahnmals für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft eingehend erörtert. Auch die Medienberichterstattung hat sich ausgiebig mit dem Für und Wider sowie der grundsätzlichen Bedeutung eines zentralen Mahnmals und den Ergebnissen des künstlerischen Wettbewerbes befasst.

Im Juni 1999 beauftragte das Stadtparlament den Magistrat in einem von CDU, SPD und GRÜNEN gemeinsam getragenen Beschluss die historischen, dezentralen Orte kenntlich zu machen, auszubauen und zu pflegen sowie zur Umsetzung des zentralen Mahnmals. Die amerikanische Künstlerin Jenny Holzer wurde, als einzig verbliebene Teilnehmerin des künstlerischen Wettbewerbs, vom Magistrat beauftragt ihren Entwurf „terrible garden“ am Standort vor der Marktkirche (Rosenbeet) zu realisieren.

Im Juni 2005 wurde im Stadtparlament mit den Stimmen von CDU, FDP, Herrn Hirzel und den Republikanern auf Antrag der CDU beschlossen, die Arbeiten am „zentralen Mahnmal“ einzustellen.

Die vielfältig geführte Diskussion und breite Auseinandersetzung um das zentrale Mahnmal hat eine eigene kulturelle Qualität und ist es wert umfassend dokumentiert und der Öffentlichkeit vorgestellt zu werden.

Eine Ausstellung, welche die Debatte um das zentrale Mahnmal dokumentiert, macht ungeachtet der Möglichkeit Sinn, dass zu einem späteren Zeitpunkt eine andere Mehrheit im Stadtparlament oder im Magistrat sich entschließen kann, das zentrale Mahnmal von Jenny Holzer doch noch zu realisieren und damit die Beschlüsse des Stadtparlamentes aus den Jahren 1986 und 1999 umzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

1. Dezernat VIII wird beauftragt, eine Konzeption für eine Dokumentation zur Wiesbadener Debatte um ein zentrales Mahnmal für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft und ihre einzelnen Zwischenergebnissen zu erstellen und diese in einer Ausstellung zur präsentieren.
2. Ein wichtiges Element dieser Dauerausstellung soll dabei die von der Landeshauptstadt Wiesbaden erworbene Mahnmalskonzeption der renommierten amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer bilden, die über Schrift- und Tondokumente sinnlich fassbar machen kann, wie dieses künstlerische Mahnmal angelegt ist.
3. Dezernat VIII wird beauftragt, zu prüfen, welcher Ausstellungsort in welchem Rahmen, in Wiesbaden sich zur Präsentation dieser Ausstellung „gelebter und lebendiger Stadtgeschichte“ eignet.

8. 05-F-04-0005

Leitbild für die Neuausrichtung der Wiesbadener Kulturpolitik

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 13.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert, ein Leitbild zur Neuausrichtung der Wiesbadener Kulturpolitik zu entwickeln, und der Stadtverordnetenversammlung im nächsten Sitzungszug zur Entscheidung vorzulegen.

Zentrale Inhalte des neuen kulturpolitischen Leitbildes sollen sein:

- Rückbesinnung auf kulturelle Leistungen früherer Generationen
- Abkehr von zeitgeistbeeinflussten Verirrungen
- Wiederentdeckung Wiesbadens als kulturelles Zentrum von überregionaler Bedeutung
- Heranführung kommender Generationen an kulturelle Werte von zeitloser Gültigkeit
- Pflege des mit der deutschen Sprache verbundenen kulturellen Erbes
- Respektierung der christlich - abendländischen Tradition unserer Heimat
- Vermittlung der deutschen Kultur als identitätsstiftendes Element

9. 05-F-06-0008

Gefahrenabwehr im Straßenverkehr und beim Schwimmen in offenen Gewässern
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, mit welchen **zusätzlichen** Maßnahmen er die Zahl der Straßenverkehrsunfälle im Stadtgebiet, an denen Kinder oder Jugendliche beteiligt sind, senken will.

Besonders für Stellen, die Unfallschwerpunkte darstellen, sollen auch Maßnahmen vorgeschlagen werden, die möglichst schnell umsetzbar sind.

Es wird auch um entsprechende Berichterstattung und konkrete Vorschläge gebeten im Hinblick auf die Vermeidung von Badeunfällen, insbesondere beim Schwimmen in offenen Gewässern.

10. 05-F-01-0055

Aufwertung der Innenstadt
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.06.2005 -

In der Wiesbadener Innenstadt, besonders im Bereich Kirchgasse, setzt sich die Entwicklung fort, dass alteingesessene Fachgeschäfte, Gewerbetreibende, die höherwertige Waren oder Dienstleistungen anbieten, und mittlerweile auch einzelne Handelsketten dem Standort den Rücken kehren. An Stelle dessen treten Billig- und Billigstläden bzw. längerfristige Leerstände.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine nachhaltige Aufwertung der Innenstadt aus, die über den Kernbereich Mauritiusplatz und Fußgängerzone hinausgeht.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass nur durch gemeinsame Anstrengungen von Immobilienwirtschaft, Einzelhändlern, Grundstückseigentümern, Gastronomie und Politik

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

erreicht werden kann, dass diese Bereiche wieder attraktiver werden und der negative Strukturwandel angehalten wird. Eine angemessene Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer an den Kosten von Aufwertungsmaßnahmen im Innenstadtbereich ist unverzichtbar.

3. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Modell der Business Improvement Districts (BIDs) als ein geeignetes städtebauliches Instrument, um einer Verödung von Innenstädten und Stadtteilzentren entgegen zu wirken.

Der Magistrat wird gebeten,

- über den Hessischen Städtetag mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die Hessische Landesregierung schnellstmöglich die rechtlichen Voraussetzungen schafft, damit die Kommunen BIDs definieren können, die als Einzelhandels- und Dienstleistungszentren besonders gestärkt werden;
- alle Stadtentwicklungsaktivitäten in den Außenbereichen (insbesondere die Vermarktung von Gewerbeflächen) auf ihre Auswirkungen für den innerstädtischen Einzelhandel zu überprüfen

11. 05-F-03-0074

Baum- und Grünbestand effektiv schützen!

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Baum- und Grünbestand ist ein wichtiger weicher Standortfaktor der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Im Interesse Wiesbadens und seiner Bevölkerung sollte dieser Standortfaktor daher durch eine klare und für die Bürgerinnen transparente Rahmenregelung effektiv verwaltet, gepflegt und geschützt werden.

Zur Stärkung des zentralen Standortfaktors 'Stadtgrün' und zur Vereinfachung und Effizienzförderung des Verwaltungshandelns in punkto Baumschutz wird der Magistrat daher aufgefordert zeitnah einen Entwurf nach beigefügtem Muster des Hessischen Städte- und Gemeindebundes für eine Baumschutzsatzung zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

ANLAGE

12. 05-F-03-0076

Stadtrat Pös zu Platanen nicht auskunftswillig oder ahnungslos?

- Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.06.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert klar zu stellen

1. Zu welchem Zeitpunkt ist die Anfrage der Firma Züblin, die den Kronenrückschnitt der Platanen vor dem Kurhaus am 15. Juni zur Folge hatte, im Umweltdezernat

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

eingegangen?

2. In welchem Zeitraum erfolgte das für den Rückschnitt der Platanen erforderliche und in der Pressemitteilung des Umweltdezernats vom 14. Juni erwähnte Abstimmungsverfahren zwischen Investor, Umweltdezernat, Umwelt-, Stadtplanungs- und Grünflächenamt?
3. War die unter Punkt 1 angesprochene Anfrage der Firma Züblin sowie das unter Punkt 2 erwähnte Abstimmungsverfahren zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai bzw. zur Sitzung des Umweltausschusses am 31. Mai bekannt oder aufgrund der am 4. Mai bestätigten ersten, negativ beschiedenen Anfrage des Investors zu erwarten? Wenn ja, weshalb wurde über diesen Sachverhalt, trotz der vorliegenden Anfragen und Anträge bzw. der konkreten Nachfragen durch Stadtverordnete nicht informiert?

13. 05-V-01-0021

DL 17/05-2

Biennale 2006

14. 05-F-05-0011

Rot-Kreuz-Krankenhaus

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 12.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, vom Land in Erfahrung zu bringen,

1. wann und unter welchen vertraglichen Bedingungen die Landeszuschüsse von über 3,7 Millionen € für den Umbau des Rot-Kreuz-Krankenhauses in Wiesbaden gewährt wurden;
2. wer die Zuschussanträge und die Zuschussbewilligungen unterzeichnet hat;
3. wann mit den Umbauarbeiten begonnen wurde und warum mit dem Umbau fortgefahren wurde, obwohl die Geschäftsführerin des Rot-Kreuz-Krankenhauses, Angelika Beltz, beim Hessischen Sozialministerium die Schließung des Krankenhauses beantragt hatte und seit Jahren bekannt war, dass die zuständige Krankenhauskonferenz bereits vor über einem Jahr empfohlen hatte, die Betten des Rot-Kreuz-Krankenhauses aus dem Krankenhausbedarfsplan zu nehmen.

Der Magistrat möge des weiteren berichten,

ob Nachteile aus diesen Vorgängen für die anderen Wiesbadener Krankenhäuser entstanden sind oder noch entstehen können.

15. 05-F-03-0091

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

Verwirklichung eines gemeinsamen Ganztageshauses für die Elly-Heuss- und für die Oranienschule
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Gebäude Dotzheimer Straße 3 (ehemalige Volkshochschule) wird als Ganztageshaus für den Ganztagsverbund der Elly-Heuss- und der Oranienschule ausgewählt. Die Gesamtkosten des Vorhabens betragen 1.455.800,00 Euro und stehen dafür im Haushalt zur Verfügung. Diese werden unter Inanspruchnahme einer 90-prozentigen Kostendeckung durch die IZBB-Mittel des Bundes finanziert. Der Eigenanteil der Landeshauptstadt Wiesbaden beläuft sich somit auf 145.680,00 Euro .
2. Zur Finanzierung des Planungsauftrages wird aus der Haushaltsstelle 2.2000.940000.1-207 ein Betrag in Höhe von 50.000 Euro bereitgestellt.
3. Der Magistrat wird gebeten, die Maßnahme umgehend zur Umsetzung zu bringen.

16. 05-F-06-0009

Fahrpreise im ÖPNV für Jugendliche
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert gegenüber den in der Region tätigen Unternehmen des ÖPNV (insbesondere Verkehrsverbund Mainz/Wiesbaden und RMV) darauf hinzuwirken, dass die Fahrpreise so gestaltet werden, dass Jugendliche und in Ausbildung, Schule oder Studium befindliche Personen über 18 Jahre **nicht** den Erwachsenenentarif zahlen müssen. Die Finanzierung darf nicht durch Fahrpreiserhöhungen für andere Personengruppen oder durch Verschlechterung der Leistungen erfolgen, sondern muss - wenn erforderlich - durch zusätzliche Zuwendungen aus den öffentlichen Haushalten erfolgen.

17. 05-F-06-0007

Maßnahmen gegen zunehmende Belastung durch LKW-Verkehr im Stadtgebiet
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über die Zunahme des LKW-Verkehrs auf Straßen in der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgrund der Einführung der LKW-Maut auf Autobahnen?

Welche Straßen sind hauptsächlich betroffen?

Mit welchen Maßnahmen (z.B. Sperrungen für LKW-Verkehr) will der Magistrat auf die zunehmende Belastung reagieren?

18. 05-F-03-0093

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

Die Mindestausstattung der Schulen muss mit der Verkürzung der gymnasialen Ausbildung Schritt halten

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die von der Hessischen Landesregierung veranlasste Verkürzung des gymnasialen Ausbildungsganges (G8) führt zu einem erheblichen Anstieg der Schulstunden in der Mittelstufe, der ohne Ausweitung der Unterrichtszeit auf die Nachmittagsstunden nicht zu bewältigen ist. Um diesen Herausforderungen entsprechen zu können, müssen die Wiesbadener Gymnasien Räume für die Zubereitung und Einnahme eines warmen Mittagessens, Freizeiträume für Spiel und Erholung sowie Räumlichkeiten für die Hausaufgabenhilfe und Arbeitsgruppen bereit stellen.
Entsprechend des Konnexitätsprinzips müsste das Land Hessen dem kommunalen Schulträger den Kostenaufwand der hierfür erforderlichen Investitionen an Gymnasien, die noch nicht in das Ganztagsprogramm aufgenommen sind, erstatten sowie für die laufenden Ausgaben an allen Gymnasien in vollem Umfang aufkommen.
2. Trotz ihrer angespannten Haushaltslage ist die Landeshauptstadt Wiesbaden jedoch bereit, sich mit eigenen Finanzmitteln an der Bewältigung dieser Ausgabe zu beteiligen. Von Seiten des Landes Hessen erwartet sie im Gegenzug die Bereitschaft, 50 Prozent der anfallenden Investitionskosten beizusteuern und zusätzlich von den im laufenden Betrieb entstehenden Kosten 10.000 Euro pro Schule und Haushaltsjahr zu übernehmen.

19. 05-F-03-0094

Fortschreibung der freiwilligen Vernetzung der Kulturarbeit in der Rhein-Main-Region

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden lehnt alle Versuche ab, das engere oder weitere Umland auf der Grundlage des Ballungsraumgesetzes zwangsweise an den Kosten für die kulturellen Einrichtungen und Projekte der Metropole Frankfurt am Main zu beteiligen. Soweit die Stadt Frankfurt am Main aus eigener Kraft nicht zum Erhalt und zur Fortentwicklung dieser Einrichtungen und Projekte in der Lage ist, ist es Aufgabe des Landes Hessen im Rahmen seiner eigenen finanziellen Möglichkeiten zur Absicherung kultureller Projekte und Einrichtungen von landesweiter Bedeutung beizutragen.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden misst der freiwilligen regionalen und überregionalen Vernetzung der Kulturarbeit große Bedeutung bei und setzt sie mit Entschiedenheit fort.
3. Die „Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main GmbH“ bildet aus Sicht der Landeshauptstadt Wiesbaden ein tragfähiges Konstrukt für die freiwillige kulturelle Kooperation von Städten und Gemeinden. Soweit es noch Mängel in der Organisationsstruktur und der Namensgebung dieser Kooperationsstruktur gibt, die auf eine überstarke Betonung und Absicherung der Interessen der Stadt Frankfurt am Main verweisen, können und sollen diese beseitigt werden.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird Mitglied in der „Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main GmbH“. Der zu entrichtende Mitgliedsbeitrag wird aus der allgemeinen Deckungsrücklage beglichen.
5. Die Landeshauptstadt Wiesbaden verbindet ihren Beitritt zur „Kulturregion Frankfurt/Rhein-

Seite 10 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

Main GmbH“ mit dem Appell an die übrigen Gesellschaftsmitglieder die bisherige Namensgebung der Gesellschaft zu überprüfen und eine Umbenennung in „Kulturregion Rhein-Main GmbH“ vorzunehmen.

20. 05-F-06-0010

Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 12.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi) sind nachstehende Erweiterungen inhaltlich und programmtechnisch zu realisieren:

1. Die Fragen der Stadtverordneten zur Fragestunde in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und die Antworten des Magistrats sind in das PIWi aufzunehmen und dort zu veröffentlichen.
2. Jede vom Magistrat (in Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse, Ortsbeiräte) eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage wird in **vollem Wortlaut und - falls vorhanden - mit den dazugehörigen Anlagen, Berichten und Gutachten** öffentlich gemacht.
3. Jede vom Magistrat eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage enthält Angaben zum einreichenden Dezernat, zu Ansprechpartner/in und zu Erreichbarkeit der-/desselben.
4. Sowohl bei den Fraktionsanträgen als auch bei den Sitzungsvorlagen des Magistrats ist das Abstimmungsverhalten (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) aller Fraktionen (ggfs. von einzelnen Stadtverordneten) zu dokumentieren. Dies betrifft das Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung (Tagesordnung I bis III), in den Ausschüssen und den Ortsbeiräten.
5. Das Politische Informationssystem Wiesbaden (PIWi) enthält künftig auch Angaben zu den Aufwandsentschädigungen der Mandatsträger/innen sowie aus deren Tätigkeiten in kommunalen Kontrollgremien und Gesellschaften.

21. 05-F-01-0063

Radarüberwachung in Wiesbaden

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie viele Verwarnungsgelder, Bußgeldbescheide und Strafanzeigen wegen überhöhter Geschwindigkeit in den Zeitraum fallen, in dem es zu fraglichen Messergebnissen durch falsche Handhabung der Messgeräte kommen konnte;

Seite 11 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

- wie viele Widerspruchsverfahren wegen vermuteter Falschmessungen zur Zeit anhängig sind und wie viele für die nächste Zeit erwartet werden;
- ob das Amt für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr für Geschwindigkeitskontrollen eigens geschultes Personal einsetzt oder ob diese Kontrollen beispielsweise auch durch Hilfspolizisten durchgeführt werden;
- wie der derzeitige Ausbildungsstand des bei Geschwindigkeitskontrollen eingesetzten Personals ist;
- wie sichergestellt werden soll, dass die Kontrollen in Zukunft ordnungsgemäß durchgeführt werden.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **05-F-01-0023**

DL 16/05-1

Nachpflanzungen von Bäumen im Innenstadtbereich
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.02.2005 -

2. **05-F-03-0073**

Bewohnerparken ausweiten!
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 12.07.2005 -

ANLAGE

3. **05-A-02-0006**

Angemessenheitsbericht über die Höhe der Aufwandsentschädigung

ANLAGE

4. **05-V-07-0002**

DL 16/05-3

Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln zur Deckung des Personalbudgets Dezernat VII 2004

ANLAGE

5. **05-V-07-0008**

DL 17/05-3

Operative Umsetzung Empfehlungen des Gutachtens über die Grünflächenpflege in Wiesbaden

ANLAGE

6. **05-V-08-0005** **DL 16/05-4**
Verteilungskonferenz für die Jahrgangsstufe 5 der Wiesbadener Gymnasien für das Schuljahr 2005/06 am 10.05.2005

7. **05-V-10-0009** **DL 17/05-5**
Konzept für Einbürgerungsfeiern im Rathaus

ANLAGE

8. **05-V-11-5008** **DL 16/05-5**
Standort- und Büroflächenoptimierung; Dritter Bericht zum Zielerreichungsgrad

9. **05-V-11-7001** **DL 17/05-6**
Materialien zur Reformbilanz 2003

10. **05-V-20-0017** **DL 16/05-6**
Investitionscontrolling 1. Quartal 2005

ANLAGE

11. **05-V-20-0021** **DL 17/05-7**
Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG); Änderung des Gesellschaftsvertrages

12. **05-V-20-0024** **DL 16/05-7**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2005 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

13. **05-V-20-0025** **DL 16/05-8**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2005 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

14. **05-V-36-0013** **DL 16/05-10**
Berichtsergänzung zum Klimaschutzbericht 2003
15. **05-V-37-0005** **DL 16/05-11**
Versicherungsbeiträge der Unfallkasse Hessen für THW, Katastrophenschutz und Freiwillige Feuerwehren; Genehmigung von üpl. Mitteln
16. **05-V-40-0013** **DL 16/05-12**
Bürgerhäuser; Nutzung der Mehrzweckhalle in der Alfred-Delp-Schule in Wiesbaden-Frauenstein
17. **05-V-40-0017** **DL 16/05-13**
WieS@N II - Dauerhafte Einrichtung des Wiesbadener Schulnetzes
ANLAGE
18. **05-V-41-0010** **DL 16/05-14**
Sanierung Hessisches Staatstheater Wiesbaden
19. **05-V-41-0016** **DL 17/05-8**
Fernsehkrimi-Festival 2006
20. **05-V-51-0013** **DL 16/05-15, 14/05-7**
Ersatzneubau der städtischen Kindertagesstätte Wolfsfeld in WI-Bierstadt
21. **05-V-53-0301** **DL 17/05-9**
Bewegungsförderung für Kinder aus sozial benachteiligten Familien
22. **05-V-61-0024** **DL 16/05-18**
Dern'sches Gelände, Öffentlichkeitsbeteiligung
23. **05-V-62-0005** **DL 17/05-10**

Seite 14 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2005

Aufstellung des Teilumlegungsplanes I der Umlegung 94 "Oberer Wingertsweg" in Dotzheim

24. **05-V-64-0010** **DL 16/05-19**
Erneuerung von Heizkesselanlagen in Wiesbadener Sportstätten;
Sport- und Kulturhalle Breckenheim und Sportplatz Zehntenhof
25. **05-V-66-0206** **DL 15/05-9**
Haltestellenprogramm Wiesbaden;
Haltestellen Am Hochfeld, Wilhelm-Leuschner-Straße, Am Wald
26. **05-V-66-0209** **DL 15/05-10**
Programm Zebrastreifen 2005
27. **05-V-66-0213** **DL 18/05-3**
Bewohnerparken - Erfahrungsbericht
28. **05-V-67-0006** **DL 16/05-20**
Entwicklung der Gebühreneinnahmen für das Jahr 2004 im Unterabschnitt 7500 "Friedhofs-
und Bestattungswesen"
29. **05-V-69-0003** **DL 16/05-21**
Soziale Stadterneuerung Wiesbaden Westend: Zuschuss zur Neugestaltung des
Schulhofs Blücherschule
30. **05-V-69-0005** **DL 18/05-4, 17/05-11**
Projekt des TuS Eintracht Wiesbaden 1846 e.V.: Neubau einer Gymnastikhalle und Tiefgarage
im Anwesen Hellmundstraße 25
31. **05-V-70-0009** **DL 18/05-5**
Ankauf des Grundstückes Gemarkung Delkenheim, Flur 3, Flst. 3/7 zur Errichtung eines
Pumpwerks, eines Regenüberlaufbeckens und einer Druckleitung

Tagesordnung III

1. **04-F-03-0108**

Verkehrspolitik gesundheitsverträglich gestalten
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 12.07.2005 -

ANLAGE

2. **05-F-05-0007**

"Universitätsstandort Wiesbaden"
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 12.07.2005 -

ANLAGE

3. **04-V-66-0208**

DL 15/05-1

Verlängerung der Goerdelerstraße

ANLAGE

4. **05-V-51-0015**

DL 16/05-16

Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

5. **05-V-51-0023**

DL 19/05-3

Nachwahl in den Jugendhilfeausschuss

6. **05-V-61-0021**

DL 16/05-17

Beschluss über die Teilaufhebung des Bebauungsplanes "Hauptpost -Hauptbahnhof"
(Wiesbaden 1971/9) im Ortsbezirk Südost

Zu den Punkten 7 bis 9 tagt der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

7. **04-V-67-0018**

DL 19/05-1

Aufhebung des Schließdienstes auf den Wiesbadener Friedhöfen

8. **05-V-36-0029**

DL 19/05-2, 18/05-2

Umsetzung des Luftreinhalteplanes Rhein-Main, Aktionsplan Wiesbaden

ANLAGE

- 9. 05-V-82-0007 DL 18/05-6**

Leitbild der Landeshauptstadt Wiesbaden

Zu den Punkten 10 und 11 tagt der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

- 10. 05-V-05-0005 DL 16/05-2**

Einführung eines Regiebetriebes "Wiesbaden Marketing"

- 11. 05-V-80-2333 DL 19/05-2**

Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Gewerbegebiet "Kloppenheimer Weg" in Wiesbaden-Bierstadt lfd. Nr. 4

Tagesordnung IV

- 1. 05-V-20-0029 DL 18/05-1 NÖ**

Übernahme der modifizierten Ausfallbürgschaft Nr. 520 über 3.570.000,00 EUR zugunsten der WiBus Wiesbadener Busgesellschaft mbH

- 2. 05-V-36-0027 DL 16/05-1 NÖ**

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 19.05.2005

- 3. 05-V-80-2320 DL 17/05-1 NÖ**

Verkauf des Grundstückes Innsbrucker Straße 17, 55252 Mainz- Kostheim

- 4. 05-V-80-2330 DL 18/05-3 NÖ**

Entwicklungsbereiche für Wohnbauflächen

Zu den Punkten 5 bis 7 tagt der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

5. 05-V-80-2329 DL 19/05-1, 18/05-8 NÖ

Rhein-Main-Hallen; Neubau Eingangsbereich

ANLAGE

6. 05-V-80-2334 DL 20/05-1 NÖ

Gemeinsame Vermarktung LHW und Land Hessen der Altliegenschaften im Bereich altes Polizeipräsidium Wiesbaden sowie Platz der deutschen Einheit

7. 05-V-80-2335 DL 20/05-2 NÖ

Gemeinsame Vermarktung LHW und Land Hessen der Grundstücke des ehem. Polizeipräsidiums

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

HINWEIS:

Der Beratungsgegenstand unter Punkt 13 der Tagesordnung I / Biennale kommt spätestens um 21.30 Uhr zum Aufruf. Die Beratungsgegenstände unter den Punkten 6 und 7 der Tagesordnung IV sind in der Sitzung am 21.07.2005 abschließend zu beraten.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin